

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreigespaltene Corpusszeile.

Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion: H. A. Berger in Wilsdruff.

No. 82.

Dienstag, den 14. Juli

1896.

Bekanntmachung.

Dem unterzeichneten Amtshauptmann ist auf die Zeit vom 20. Juli bis 20. August dieses Jahres Urlaub ertheilt und mit seiner Stellvertretung Herr Regierungsrath Professor Meusel hier beauftragt worden.
Meißen, am 7. Juli 1896.

von Schroeter.

Holzversteigerung auf Tharandter Staatsforstrevier.

Im Gasthose zur Tanne in Charandt sollen

Montag, den 20. Juli 1896 von Vormittags 9 Uhr an

nachstehende Holz- und Brennholz, als:

386 weiche Stämme, 140 harte und 177 weiche Klöcher, 48 harte Stangenklöcher, 990 weiche Derb- und 20025 weiche Reisklängen, 16 Km. harte und 59 Km. weiche Brennweite, 55 Km. harte und 94 Km. weiche Brennknüppel, 4 Km. harte und 97 Km. weiche Aeste

versteigert werden.

Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schauffstätten der umliegenden Orte anhängenden Plakate.

Königliche Forstrevierverwaltung und Königliches Forstrentamt Charandt,

am 10. Juli 1896.

Groß.

Wolfframm.

Die Umgestaltung und der Ausbau unserer staatlichen Arbeiter-Versicherung.

Die schon längst schwebende Frage einer einschneidenden Revision und Umarbeitung unserer sozialpolitischen Versicherungs-Gesetzgebung hat nunmehr einen ersten erkennbaren Schritt nach vorwärts gethan. Wie aus Berlin dieser Tage gemeldet wurde, ist der Entwurf einer Revision des Invaliditäts- und Alters-versicherungsgesetzes jetzt im Reichsamt des Innern soweit fertig gestellt worden, daß er zunächst dem preussischen Staatsministerium unterbreitet werden konnte. Dem Vernehmen nach beschränkt sich der Entwurf darauf, Uebelstände, die sich bei der bisherigen praktischen Handhabung des genannten Gesetzes gezeigt haben, möglichst zu beseitigen, er dürfte demnach keine Änderungen der Grundzüge der Invaliditäts- und Altersversicherung bringen; im Uebrigen wird der Entwurf wohl nächstens zur Veröffentlichung gelangen. Falls er im preussischen Staatsministerium keine Beanstandung erfährt, soll er dann dem Bundesrathe bei dessen Wiederzusammentritte im Herbst vorgehen; ob die Ver-
lage nachher auch noch in der am 10. November fortzuführenden Reichstagsession zur Erledigung gelangt, dies erscheint vorerst allerdings noch ungewiß.

Aber mit der angekündigten Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist die neue gesetzgeberische sozialpolitische Aktion, die in den Kreisen der Reichsregierung bereits seit einiger Zeit geplant wird, noch nicht erschöpft. Bekanntlich ist beabsichtigt, die verschiedenen Zweige unserer gesammten Arbeiterversicherung zu vereinigen, um durch diese Verschmelzung eine einheitliche Gestaltung des sozialpolitischen Versicherungswesens den vielfach so verwickelten und verhältnismäßig kostspieligen Verwaltungsapparat, den die Ausführung der Gesetze über die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliditäts- und Altersversicherung erfordert, zu vereinfachen und ihn zugleich da, wo es nöthig erscheint, zu verbessern. Wenn jedoch aber auch das Bedürfnis einer solchen Umgestaltung in weiten Kreisen lebhaft empfunden wird, so stellt sich andererseits schon jetzt die große Schwierigkeit einer sachdienlichen, verständigen Lösung der Aufgabe, die verschiedenen Arten unserer Versicherungsgesetzgebung zu einem einheitlichen Organismus zu verschmelzen, heraus. Die Beratungen der Sachverständigen-Kommission, welche im vorigen November auf Einladung des Reichskanzlers in Berlin zur Erörterung dieser Frage tagte, haben bereits hinlänglich die vorhandenen Schwierigkeiten erschlossen lassen, welche einer organischen Verbindung des ganzen sozialpolitischen Versicherungswesens entgegenstehen, eben deshalb kam die Kommission schließlich zu dem Gutachten, daß vorläufig nur eine Revision der Invaliditäts- und Altersversicherung und Vereinigung unserer sozialpolitischen Betriebe unter verschiedenen Gesichtspunkten als so erstrebenswerth dar, daß die Verwirklichung dieser Bestrebungen doch entschieden gewünscht werden muß, wenigstens schon die betreffenden Vorarbeiten vorwiegend im nächsten Jahre in Anspruch nehmen würden.

Zugleich mit der projectirten organischen Verbindung der verschiedenen Zweige des sozialpolitischen Versicherungswesens wird auch dessen weiterer Ausbau ins Auge zu fassen sein.

Im Speziellen handelt es sich um die Erweiterung der Unfallversicherung durch die Ausdehnung derselben auf das Handwerk, in welcher Richtung so schon vor zwei Jahren ein Entwurf im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden, indessen dort einstweilen stecken geblieben ist. Anzweifelhaft begegnet die Einbeziehung des Handwerkes in die staatliche Unfallversicherung mancherlei Hindernissen und Bedenken, dennoch kann nicht geleugnet werden, daß diese Maßregel für eine ganze Reihe von gewerblichen Kleinbetrieben als eine rechte Wohlthat darstellen würde, hoffentlich wird daher auf diesem Spezialgebiete bald etwas Ernstliches geschehen.

Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm wird im weiteren Verlaufe seiner Nordlandsfahrt, einer Meldung aus Stockholm zufolge, am 21. d. M. eine Begegnung mit König Oskar von Schweden an der norwegischen Küste haben. Der Ort derselben ist jedoch noch nicht bekannt. Diese Zusammenkunft besiegelt auf's Neue die herzliche persönliche Freundschaft, welche längst zwischen Kaiser Wilhelm und dem König Oscar, dem Vathek des Prinzen Oscar von Preußen, besteht; ein besonderer politischer Charakter kann jedoch dieser bevorstehenden Monarchen-Entrevue nach Lage der Verhältnisse nicht zuerkannt werden.

Trotz der mehrfachen bestimmten Dementi lassen sich die englischen Blätter nicht abhalten, immer wieder auf's Neue den Besuch Kaiser Wilhelms in England als bevorstehend anzukündigen. So will die „Westminster Gazette“ erfahren haben, daß man in englischen Hofkreisen der Ankunft des deutschen Kaisers für den 1. August entgegenstehe; der kaiserliche Gast werde der Cowes-Megatta bewohnen. Diese Nachricht ist ebenso unbegründet, wie alle früheren es waren. In dem diesjährigen Reiseplan des Kaisers ist, wie seinerzeit offiziös gemeldet worden ist, ein Besuch in England nicht vorgesehen. Dagegen werden Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen am 17. d. M. zum Besuche der Königin in England erwartet. Prinz Heinrich und Gemahlin sollen den Kaiser Wilhelm bei der Hochzeit der Prinzessin Maud von Wales und des Prinzen Karl von Dänemark vertreten.

Bei Schilderung der Thätigkeit der Sozialdemokratie in der letzten Reichstagsession bemerkt die „Korr.“: Von den 47 „Genossen“, deren einzelne, beispielsweise Herr v. Bollmar, als „unabkömmlich“ den Reichstagsverhandlungen ferngeblieben sind und die daher den sozialdemokratischen Redefuß nicht verstärken konnten, sprachen 26 verschiedene Fraktionsmitglieder nicht weniger als rund 280 Mal in den 119 Sitzungen. Den Vogel dieser Neben-schöpfung „Genosse“ Bebel mit 60 größeren und kleineren Leistungen ab: Singer sprach etwa fünf Mal weniger; aber er war es, der die offiziellen Erklärungen abgab und sich somit als Parteihaupt deklarirte. Im Uebrigen erwärmte der „Genosse“ Singer sich nur in den Vorkameralen, in denen er „mit Glanz“ die Nothwendigkeit des Vorkameralen darlegte. Von den anderen „Genossen“ thaten sich Stadthagen und Frohne bei dem Bürger-

lichen Besegbuche und Wurm wie Reichhaus bei gewerblichen Fragen besonders hervor. Der Ton, den die Sozialdemokraten in den Debatten anschlugen, war stellenweise ein geradezu roher. Bebel allein erhielt über ein halbes Duzend direkte oder indirekte Rügen; freilich hätte er das Dreifache verdient. Das ganze Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion legte dafür Zeugniß ab, daß es sich für die Sozialdemokratie bei der Theilnahme an den parlamentarischen Debatten nur darum handelt, ungestrafte Umsturzpropaganda zu treiben, also die Reichstagstribüne zu mißbrauchen. Positive Thätigkeit leisteten die „Genossen“ fast gar nicht; nur Bemängelungen, „Anklagen“, Verhöhnungen wurden laut. Zu den verschiedenen Gesetvorlagen stellten sich die Sozialdemokraten fast ohne Ausnahme genau so wie der manchesterliche Freisinn. Sie vertraten also den Großkapitalismus, wenn sie auch mit großem Wortschwall diese Thatsache zu verdunkeln trachteten. Bezeichnend für diesen Standpunkt war es jedenfalls, daß der Margarinefabrikant Mohr telegraphisch die „Genossen“ auffordern konnte, seine großkapitalistischen Interessen zu vertreten. Zu einer „Arbeiterpartei“ hat die Sozialdemokratie sich also in der letzten Reichstagsession weniger als jemals qualifizirt gezeigt. Nicht um die Frage der Besserstellung der Arbeiter, sondern um eine „glatte Machtfrage“ handelt es sich bei den parlamentarischen Aktionen der Sozialdemokratie und „Genosse“ Bebel bezeichnete nicht mit Unrecht am 21. April als das Ziel seiner Partei: „Das Programm der Pariser Kommune, das ist, was wir zum Theil auch heute wollen, und wie wir es verwirklichen, das ist unsere Sache.“ Wir glauben denn doch, daß dabei auch noch andere Leute ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben werden.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Fürsten Sayke Id, wird in schlesischen Blättern eine bemerkenswerthe Aeußerung erzählt. Der Oberpräsident besuchte neulich die oberschlesische Stadt Neustadt; bei der Gelegenheit gab der Obermeister der dortigen Weberinnung seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung noch immer nicht den Befähigungsnachweis für das Handwerk einführen wolle. Der Oberpräsident erwiderte darauf, der beste Befähigungsnachweis sei der, wenn Jemand, der im praktischen Leben stehe, beweise, daß er überhaupt etwas gelernt habe und seine Profession verstehe.

Zu der von uns bereits besprochenen Nachricht, daß der deutsche Botschafter in Paris der französischen Regierung eröffnet habe, daß sich Deutschland an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 betheiligen werde, bemerkt die „Nat.-Lib. Korr.“: „Die Tragweite dieser Nachricht läßt sich zur Zeit nicht ermessen. Zunächst will die Nachricht wohl besagen, daß das Reich einen Ausstellungskommissar bestellen wird. „Deutschland“ ist durch Kunstwerke auch nach 1867 auf Pariser Ausstellungen vertreten gewesen. Eine Verpflichtung des gesammten ausstellungsfähigen deutschen Gewerbes sollte durch die erwähnte Benachrichtigung der französischen Regierung selbstverständlich nicht herbeigeführt werden. Angesichts der Thatsache, daß